



Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

**Ministerin**

Herrn Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
Thomas Rother, MdL  
Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Landesrechnungshof Schleswig-Holstein  
Herrn Vizepräsidenten  
Aike Dopp  
Hopfenstraße 30  
24103 Kiel

Kiel, 27. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei erhalten Sie wie im Finanzausschuss am 16. Mai 2013 zugesagt, die Informationen, die der Finanzvorstand der HSH Nordbank, Stefan Ermisch, in der Sitzung am 16. Mai 2013 zum Engagement der Bank in sogenannten Steueroasen vorgetragen hat.

In dem Dokument bestätigt die Bank - wie auch im Ausschuss vorgetragen -, dass sie ihre Engagements in Steueroasen bereits erheblich reduziert hat, die noch bestehenden Beteiligungen sukzessive beenden wird und neue nicht aufgenommen werden sollen. Als zusätzliche Information wird deutlich, dass diejenigen Gesellschaften in Steueroasen ausgenommen sind, die nach Aussage der Bank insbesondere zu ihrer Refinanzierung benötigt werden. Ein Ausstieg aus diesen ausländischen Gesellschaften würde die Refinanzierung der HSH Nordbank erheblich verteuern - so die Begründung der Bank. Sie will deshalb auch die künftige Nutzung von Objekts- und Refinanzierungsgesellschaften im Einzelfall prüfen.

Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank hatte mir auf Anfrage vom 19. April 2013 schriftlich mitgeteilt, dass die Bank sich weder aktiv noch passiv an Steuerhinterziehungen oder -verkürzungen beteilige.

Ich habe den Vortrag von Herrn Ermisch im Finanzausschuss zum Anlass genommen, den Vorstandsvorsitzenden erneut aufzufordern, die Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank

in Steueroasen im Hinblick auf die Reputation der Bank und ihre öffentlichen Eigentümer kontinuierlich zu überprüfen. Ich habe auch angekündigt, dass das Finanzministerium das Thema weiterverfolgen wird mit dem Ziel, dass die Bank ihre Aktivitäten in Steueroasen weiter konsequent reduziert.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Heindl', written in a cursive style.

Monika Heindl

# „Bericht der HSH Nordbank zu Geschäften in Steueroasen“

## Generelle Vorbemerkungen zum Thema „Steueroasen“

Die Errichtung und Nutzung von Gesellschaften in sogenannten „Steueroasen“ ist in jüngerer Zeit verstärkt und zu Recht in die Kritik geraten. Solche Gesellschaften können insbesondere instrumentalisiert werden, um:

- Beteiligungsverhältnisse zu verschleiern,
- Geldwäsche zu betreiben,
- Vermögen und Gewinne zu verlagern oder
- Steuerhinterziehung zu begehen.

Allerdings darf bei aller berechtigten Kritik nicht verkannt werden, dass Gesellschaften in Staaten ohne oder mit nur geringen Ertrag- und Quellensteuern auf Kapitalerträge ein legitimes und sinnvolles Instrument zur Syndizierung und Platzierung von internationalen Finanzierungen und Kapitalanlagen sind.

In diesem Zusammenhang dienen die sog. „Steueroasen“ in erster Linie zur **Vermeidung einer internationalen Doppel- und Mehrfachbesteuerung**.

In der Regel sind nämlich lokale Quellen- oder Ertragsteuern im Sitzstaat der Kapitalgeber bzw. Investoren gar nicht oder nur teilweise anrechenbar (sog. Anrechnungsüberhang). Es kommt somit zu einer juristischen oder wirtschaftlichen Mehrfachbesteuerung, die sich auf die Finanzierungskosten und Kapitalrenditen negativ auswirkt.

Über Transaktions- bzw. Objektgesellschaften kann darüber hinaus auch eine Haftungsbegrenzung sowie Segregation von einzelnen Vermögenswerten (sog. „ring-fencing“) herbeigeführt werden.

Schließlich bieten Standorte wie Jersey, Cayman Islands oder Bermuda die Möglichkeit einer flexiblen Rechtswahl und ein kosteneffizientes Angebot für die Gründung und Administration von Transaktionsgesellschaften.

Ein **Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten** ohne den Einsatz von Objekt-, Finanzierungs- oder Emissionsgesellschaften ist nicht möglich oder würde die Refinanzierung der HSH Nordbank erheblich verteuern.

Die Emission von Anleihen über ausländische Zweckgesellschaften ist Standard bei internationalen Emissionen. Investoren akzeptieren im Regelfall keine Steuerrisiken, die sich aus der Emission von Anleihen ergeben. Risiken der steuerlichen Mehrbelastung, z.B. bei Emission über eine deutsche Zweckgesellschaft, wirken sich auf das Rating aus und verteuern die Anleihe. So ist es beispielsweise in internationalen Finanzierungsverträgen üblich, dass der Schuldner/Emittent für steuerliche Risiken - z.B. lokale Kapitalertragsteuern - eine Ausgleichszahlung (sog. „tax gross-up“) übernehmen muss.

Die Emission über ausländische Zweckgesellschaften ist vielfach auch dem **regulatorischen Umfeld** geschuldet.

So werden beispielsweise die zusätzlichen Kosten einer stärkeren Beaufsichtigung von Investoren regelmäßig nicht akzeptiert.

Darüber hinaus sind ausländische Investoren oftmals mit der Rechtsform typischer deutscher Investmentvehikel, wie etwa dem von einer deutschen Kapitalanlagegesellschaft verwalteten Sondervermögen (Spezial- oder Publikumsfonds), wenig vertraut und bereits schon aus diesem Grund nicht bereit, in diese zu investieren.

Nach den **deutschen Steuergesetzen** müssen alle Auslandsbeteiligungen der HSH Nordbank den Finanzbehörden angezeigt werden.

Kapitalerträge aus Auslandsbeteiligungen in sog. „Steuroasen“, also Staaten mit keinen oder nur einer geringen Ertragsteuern, sind nach dem Außensteuergesetz im Inland in vollem Umfang steuerpflichtig (inklusive Gewerbesteuer).

Darüber hinaus müssen alle Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Konzerneinheiten dem sog. Fremdvergleich standhalten, d.h. wie unter unverbundenen Dritten abgewickelt werden.

Auch unterliegt die HSH Nordbank mit Blick auf ihre Auslandsbeteiligungen erweiterten Nachweis- und Mitwirkungspflichten gegenüber den Finanzbehörden. In diesem Zusammenhang weisen wir auch darauf hin, dass alle in der Anfrage genannten Gesellschaften in einem Staat ansässig sind – mit Ausnahme der Marshall-Inseln -, der mit der Bundesrepublik Deutschland eine sog. große Auskunfts-klausel gem. Art. 26 des OECD-Musterabkommens zum gegenseitigen Informationsaustausch vereinbart hat.

Die HSH Nordbank erfüllt gegenüber den Finanz- und Aufsichtsbehörden alle Nachweis-, Informations- und Deklarationspflichten. Sie generiert weder für sich selbst noch zugunsten Dritter Steuervorteile durch unangemessene Gestaltungen.

Eine Nutzung von ausländischen Objekt- und/oder Finanzierungsgesellschaften z.B. für den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten werden wir im Einklang mit dem Geschäftsmodell auch zukünftig einzelfallbezogen prüfen. Die Wahl des Standorts wird dann für die jeweilige Emission nach Kostengesichtspunkten und kapitalmarktrechtlichen und ggf. regulatorischen Anforderungen getroffen.

## Zu den konkreten Fragen der FDP:

### Frage 1 und 2:

- 1) Warum wurden die im Geschäftsbericht genannten Gesellschaften auf Cayman Islands, Guernsey, Bermuda, Jersey und den Marshallinseln im Einzelnen gegründet?
- 2) Welchen konkreten Zweck verfolgen diese Gesellschaften im Einzelnen?

### **Antworten (zusammengefasst):**

Die HSH Nordbank hält aktuell noch Anteile an **13 Gesellschaften**, die in den genannten offshore-Jurisdiktionen beheimatet sind. Diese Beteiligungsgesellschaften lassen sich in zwei Kategorien unterteilen:

Zum einen handelt es sich hierbei um **Funding-Vehikel**, die der Refinanzierung der HSH Nordbank dienen. Über diese Gesellschaften

- platziert die HSH stille Einlagen am internationalen Kapitalmarkt,
- verwaltet die HSH laufende Anleihen und
- generiert auf dem Kapitalmarkt Mittel, die deutschen mittelständischen Kunden als Mezzanine Kapital zur Verfügung gestellt wird.

**Diese Gesellschaften sind nicht zum Abbau vorgesehen, da sie für die Refinanzierung der Bank unentbehrlich sind bzw. für die mittelständischen Kunden ein wichtiges Eigenkapitalinstrument bereitstellen.**

Zum anderen handelt sich um **Gesellschaften**, die in **Verbindung mit dem Kreditgeschäft** der HSH Nordbank stehen bzw. mit früheren Investitionen der Bank in **Private Equity** Fonds.

Diese Gesellschaften wurden mit dem Zweck gegründet bzw. eingegangen

- Basel II konforme Besicherungsstrukturen von Containerfinanzierungen darstellen zu können,
- Restwertrisiken aus Immobilienfinanzierungen zu versichern und
- Erträge aus Private Equity Fondsbeteiligungen und einer Hedge Funds Plattform für die HSH zu generieren.

**Alle diese Gesellschaften sind als Abbaubeteiligungen klassifiziert und werden kurz- bis mittelfristig verkauft oder liquidiert.**

### **Frage 3 und 4:**

- 3) Welche internationalen Investoren legen Wert auf Anlagemöglichkeiten in diesen Offshore-Ländern und welchen Zweck verfolgen diese damit?
- 4) Warum können diese Geschäfte nicht auch von Deutschland aus geführt werden?

### **Antworten (zusammengefasst):**

Wie in den Vorbemerkungen bereits ausgeführt, ist bei den **Funding-Vehikeln** eine Platzierung im internationalen Investorenkreis nur möglich, wenn

- die Investoren die jeweilige Jurisdiktion als verlässlich und als in diesem Geschäftsfeld situiert anerkennen und
- die rechtliche und steuerliche Situation dieser Länder als transparent und einfach gilt.

Aus diesen Gründen können diese Geschäfte nicht (erfolgreich) aus Deutschland heraus geführt werden, weil eine Platzierung im internationalen Investorenkreis damit ausgeschlossen wäre.

Bei den **sonstigen Gesellschaften** sind keine internationalen Investoren beteiligt. Vielmehr ergibt sich die Tatsache, dass diese Beteiligungen nicht mit Sitz in Deutschland gegründet/ eingegangen wurden, aus folgenden Gründen:

- bei den Besicherungsstrukturen für Containerfinanzierungen hätte die HSH nach deutschem Recht keine Möglichkeit, auf ihre Sicherheit auch zuzugreifen; um dieses zu ermöglichen ist eine Eintragung von Rechten in einem US amerikanischen Register („UCC Filing“) vonnöten,
- für Versicherungsunternehmen haben die Bermudas eine rechtliche und wirtschaftliche Infrastruktur geschaffen, diese Unternehmen von dort ansässigen Dienstleistungsunternehmen professionell führen und das Tagesgeschäft abwickeln zu lassen und
- bei Private Equity Fondsbeteiligungen war die HSH Nordbank nicht Initiator, sondern hat sich an bereits bestehenden Plattformen beteiligt, dementsprechend hatte die HSH keinen Einfluss auf den Sitz des jeweiligen Fonds.

**Alle Beteiligungen** sind transparent und den deutschen Steuerbehörden in vollem Umfang bekannt. Darüber hinaus werden sie laufend und in regelmäßigen Abständen von den zuständigen Behörden überprüft. Entsprechend bildet die Bank die einzelnen Engagements lückenlos ab. Die Gewinne werden dabei nach den Regeln des deutschen Steuerrechts behandelt. Wesentliche Beteiligungen werden darüber hinaus in den Geschäftsberichten der HSH Nordbank ausgewiesen und sind somit für jedermann einsehbar.

**Frage 5:**

5) Warum wurden Anteile an Private Equity Fonds gezeichnet?

**Antwort:**

Anteile an Private Equity Fonds wurden von der HSH über eine damalige Tochtergesellschaft hauptsächlich in den Jahren 2005 bis 2008 mit dem Zwecke der Erlöserzielung gezeichnet.

Das gesamte Private Equity Portfolio wurde in den Jahren 2011/ 2012 abgebaut; bei den beiden verbliebenen Anteilen handelt es sich um Restanten, die ebenfalls zum kurzfristigen Abbau vorgesehen sind.